

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.12.1931 (No. 285)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Gemäldegalerie
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Mendel
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspennig. Samstags 15 Reichspennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspennig für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beisehung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Beginn der Reparationsverhandlungen

Der Luftakt der Baseler Konferenz
W.B. Basel, 7. Dez. (Tel.) Der Beratende Sonderausschuss, dessen Einberufung die deutsche Regierung am 19. November beantragt hat, ist heute am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die nach ihrer Sitzung dem Ausschuss gemäß dem deutschen Antrag einberufen hat, zusammengetreten.

Die für 10.30 Uhr angelegte Eröffnungssitzung konnte zunächst noch nicht beginnen, da bis dahin in den privaten Besprechungen der Delegierten eine Einigung über die Frage des Vorkisses noch nicht erreicht war. Die Lösung dieser Frage scheint bisher große Schwierigkeiten verursacht zu haben. Die sieben Mitglieder des Ausschusses waren heute ziemlich früh im Gebäude der BIZ erschienen, wo sie noch einmal miteinander in Verbindung getreten sind, um sich über die Frage des Vorkisses und der Zumut weiterer Mitglieder des Ausschusses zu besprechen. Das Interesse an der Tagung ist sehr groß und kommt in einer ziemlich starken Vertretung der ausländischen Presse zum Ausdruck.

Der Ausschuss hat die Aufgabe, wie es im Young-Plan heißt, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen und wie das deutsche Memorandum unwiderprochen betont hat, das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller Faktoren zu untersuchen. Der Ausschuss soll sich nicht auf Untersuchungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschränken, sondern den Regierungen und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Erwägung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Anwendung des Planes ergriffen werden sollten.

Der Ausschuss wird auf Grund seiner Verhandlungen einen Bericht ausarbeiten, der den zuständigen Regierungen als Grundlage für ihre Entscheidungen ausgestellt werden wird. Die politischen Entscheidungen sind einer Regierungskonferenz vorbehalten, die nach Abschluß der Beratungen des Sonderausschusses stattfinden soll. Über die voraussichtliche Dauer der Beratungen des Ausschusses kann vorläufig noch nichts gesagt werden. Die Meinungen hierüber gehen auseinander. Ob sie noch vor Weihnachten abgeschlossen werden, ist nicht zu sagen.

Die Verhandlungen über die Privatschulden

W.B. Paris, 7. Dez. (Tel.) Mehrere Bankiers, die auf dem Wege nach Berlin zur Teilnahme an den Verhandlungen über die eingefrorenen Kredite Paris passierten, werden heute vormittag, wie „Journal“ meldet, eine erste Fühlungnahme haben. Es handelt sich um den Präsidenten der Chase-Bank, Wiggins, den englischen Finanzier Leards und den Generaldirektor der Bank française d'Acceptation, Belan. Sie treten gemeinsam im Verlaufe des Nachmittags die Reise nach Berlin an.

Dr. Pfriemer stellt sich dem Gericht

W.B. Wien, 7. Dez. (Tel.) Der Leiter des Heimwehr-Putschs vom September, und frühere Bundesführer der Heimwehr, Dr. Pfriemer, der nach dem mißglückten Putsch nach Jugoslawien geflüchtet war und sich von dort nach Deutschland gewandt hatte, ist heute unerwartet in Graz eingetroffen und hat sich dem Gericht gestellt. Er wurde in Haft genommen. Dr. Pfriemer dürfte in der vergangenen Nacht im Auto unerkannt die österreichische Grenze passiert haben. Der Prozeß gegen die Putschisten findet vor dem Grazer Landesgericht am 14. Dezember statt. Es dürfte aber kaum möglich sein, daß Dr. Pfriemer noch in diesen Prozeß einbezogen wird.

Pläne des österreichischen Heimatschutzes

In einer Versammlung des Heimatschutzes in Klagenfurt sprach der Wirtschaftsführer des Heimatschutzes, Petri, über die Idee eines „Heimatschillings“ (etwas ähnliches wie die in Deutschland vorgeschlagene „Wodenmark“).

Fürst Starheimberg betonte, daß die Heimatschutzpartei eine bewußt revolutionäre Partei sei und die Absicht habe, das gegenwärtige System zu stürzen und die Heimatschutzdiktatur aufzurichten. Auch stehe er auf dem Standpunkt, daß Österreich lebensfähig sei, und daß der Heimatschutz die Aufgabe habe, das deutsche Volk in Österreich solange zu erhalten, bis es in die Lage komme, über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Der Heimatschutz verstehe sich nicht zu dynastischen Ideen.

Volksabstimmungen in der Schweiz

In der schweizerischen Volksabstimmung wurde am Sonntag bei großer Beteiligung die Einführung einer allgemeinen und gleichen Alters- und Hinterlassenenversicherung mit rund 203 Stimmen Mehrheit verworfen. Für das Bundesgesetz agitierten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Bauernpartei, dagegen waren im allgemeinen die Konfessionen und die französischen Schweiz.

Ferner wurden in der Volksabstimmung vom Sonntag für das Tabaksteuergesetz 423 565 Stimmen, gegen das Gesetz 424 741 Stimmen abgegeben. Somit ist die Tabaksteuervorlage mit nur rund 1000 Stimmen Mehrheit ebenfalls verworfen.

Gandhi ist von Paris kommend, in Montreux eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Romain Rolland empfangen. Er wird während einiger Tage Gast von Romain Rolland in Villeneuve sein.

Letzte Nachrichten

Vor der neuen Notverordnung

Die abschließenden Arbeiten
M.B. Berlin, 7. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat heute vormittag die letzte redaktionelle Überarbeitung der Notverordnung begonnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß sie im Laufe des Tages abgeschlossen werden kann, so daß der Reichspräsident am späteren Abend seine Unterschrift geben und die Notverordnung dann in der Nacht in Druck gehen würde. Die Veröffentlichung dürfte erst in den Mittwochs-Frühblättern erfolgen, da der Reichszentralrat das Bedürfnis hat, nach der Übergabe der Verordnung an die Presse selbst das Wort im Rundfunk zu nehmen. Er will offenbar die große Bedeutung, die dieser Notverordnung zukommt, klarstellen; außerdem liegt es nahe, daß der Kanzler sich u. a. auch zu der Verschärfung der politischen Situation äußert, die in den letzten Tagen ganz zweifellos eingetreten ist.

Wenn übrigens in einem Berliner Frühblatt aus dieser Verschärfung Krisengerüchte abgeleitet werden, so läßt sich nur feststellen, daß gutunterrichtete Kreise ganz anderer Auffassung sind. Schon die Tatsache, daß die Notverordnung mit aller Energie und ohne Zeitverlust in die Praxis umgesetzt werden soll, läßt darauf schließen, daß man in Kreisen der Reichsregierung von ganz anderen als Krisenstimmungen befreit ist. Natürlich läßt sich im Augenblick nicht übersehen, wie der Reichsrat nach der Veröffentlichung der Notverordnung evtl. über die Frage der Reichstags-Einberufung entscheiden wird.

Kommunistische Spionage

Entdeckung eines Kurzwellensenders bei Wien
M.B. Wien, 7. Dez. (Priv.-Tel.) Über eine geheime Spionagezentrale mit einem Kurzwellensender in Baden bei Wien bringen die Wiener Montagsblätter ausführliche Berichte, denen u. a. zu entnehmen ist, daß man einer zweifachen internationalen kommunistischen Spionagezentrale, der bisher größten Europas, auf die Spur gekommen ist, die mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstet war, um unabhängig von Post und Telegraph mit ihren Hintermännern in Verbindung zu bleiben.

Aber die Namen der bisher Verhafteten kann noch nichts mit Bestimmtheit gesagt werden. Es steht nur fest, daß sie alle über sehr reichliche Geldmittel verfügten, die ihnen offenbar vom russischen Geheimdienst zugekommen sind. Die Staatspolizei hat sich im Laufe des Sonntags mit den ausländischen Polizeibehörden ins Einvernehmen gesetzt, um möglichst rasch die Identität der Verhafteten festzustellen. Es wurden bisher drei Männer und zwei Frauen verhaftet. Festgestellt wurde gestern auch, daß außer der Babener Anlage noch in Wiener-Neustadt eine Anlage errichtet wurde.

Die Gemeindevahlen in Württemberg

Das Ergebnis von Stuttgart

Das endgültige Wahlergebnis der Stuttgarter Stadtverordnetenwahl stellt sich, wenn man bei den Vergleichszahlen für die letzte Reichstagswahl die inzwischen erfolgten Gemeindevahlen von drei Vororten berücksichtigt, wie folgt: (Reihenfolge: Gezirge Wahl, letzte Reichstagswahl, letzte Stadtverordnetenwahl).

Kommunist.	Opposition	4 037	—	—
Christlich-Soz. Volksdienst	9 075	12 351	6 806	—
Sozialdemokraten	46 810	60 198	40 823	—
Zentrum	18 186	19 615	12 104	—
Deutschnationale	19 525	21 088	15 370	—
Frauenliste	4 760	—	—	—
Einheitsliste (Nat. Volksgemeinschaft, Demokraten, Deutsche Vot. u. Volksrechtspartei)	23 104	51 897	35 769	—
Nationalsozialisten	44 599	22 587	1 446	—
Kommunisten	37 803	38 414	14 885	—

Die Wahlbeteiligung betrug 78,37 Prozent.

Von den neu gewählten 30 Gemeinderatsmitgliedern entfallen auf die kommunistische Opposition 0, auf den Christl. Sozialen Volksd. 1, Sozialdemokraten 7, Zentrum 8, Deutschnationale 8, Frauenliste 0, Einheitsliste 3, Nationalsozialisten 7, Kommunisten 6 Mandate.

Das charakteristische Merkmal der Gemeinderatswahl ist das Anwachsen der Nationalsozialisten, die sich seit der letzten Reichstagswahl, also innerhalb Jahresfrist, fast verdoppelt haben, während die Parteien der Einheitsliste (Demokraten, Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei und Nationale Volksgemeinschaft) um mehr als die Hälfte zusammengeschmolzen sind. Die Sozialdemokratie hat sich als die stärkste Partei behauptet, aber ihre Stimmen sind um über 13 000 zurückgegangen, während die Kommunisten einschließlich der kommunistischen Opposition ihre Stimmzahl um rund 3000 erhöhen konnten.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Der schweizerische Bundesrat hat neuerlich einen Bericht über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland entgegengenommen und Instruktionen für die Fortsetzung der Verhandlungen festgelegt. Direktor Studt wird sich in den nächsten Tagen wieder nach Berlin begeben.

Die Verantwortung des Staatsbürgers

Ein Rundfunkvortrag des Reichsinnenministers

Reichsinnenminister Dr. Goerner sprach am Sonntag im Rundfunk über „die Verantwortung des Staatsbürgers“. Nach einem Überblick über die Entwicklung des Staatsbürgerbegriffs von den 70er Jahren bis zur Jetztzeit fuhr er fort:

Jeder einzelne Staatsbürger trage die Verantwortung dafür, daß der Volkswille nicht in Bahnen getrieben werde, wo es statt zur Zusammenfassung zur Auflösung der Volksträfte komme. Diesem Zustande müsse man begegnen, und zwar müsse die Verantwortlichkeit des Einzelnen gestärkt werden teils aus eigener Kraft, teils durch Einwirken des Staates. Weiter dürfe die Verantwortlichkeit der Partei nicht vom Einzelinteresse ausgehen, sondern vom Gesamtwohl im Sinne des Staatsbürgertums.

Die Verantwortlichkeit der Regierung müsse alle Volksgenossen umfassen. Der geistige Inhalt des Staatsbürgertums müsse von dem einzelnen ausströmen als lebendige Kraft bis zur obersten Spitze der Regierung und müsse von dieser wieder zurückströmen bis zu jedem einzelnen. Diese Funktion sei in der heutigen Zeit gestört. Ihren normalen Lauf wiederherzustellen sei eine der wichtigsten Aufgaben für eine gesunde Entwicklung des Volksganzen. Pflicht der Regierung sei es zu handeln. Sie werde handeln, um fest und unberrt das notwendige Rettungswerk fortzuführen. Ihr Verantwortungsbewußtsein gebe ihr die Kraft, auf ihrem Posten zu bleiben. Sie werde die Platte nicht ins Korn werfen, vielmehr bis zum Letzten ausharren und alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen.

Die verantwortliche Regierung könne aber nicht durchgreifend helfen ohne die Unterstützung der deutschen Staatsbürger. Mit Bezug auf die kommenden neuen Notverordnungen erklärte der Minister, die Regierung habe ein Recht darauf, daß ihre verantwortungsbewußten Maßnahmen von den Staatsbürgern mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein aufgenommen würden. Nachdem der Redner noch als Vorbild der echten Staatsbürgertums Reichspräsident von Hindenburg und Reichszentralrat Dr. Brüning genannt hatte, schloß der Minister mit dem Wunsch, daß staatsbürgerliche Gesinnung wieder zum Allgemeingut des deutschen Volkes werden möge.

Tagung der süddeutschen Landwirtschaftskammern

Forderung nach sofortigen Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Landwirtschaft

Bei der täglich steigenden Not in den Bauernbetrieben hat die Badische Landwirtschaftskammer den beschleunigten Zusammentritt der süddeutschen Landwirtschaftskammern unter Beizug der süddeutschen Regierungen beantragt. Die Verhandlungen haben am Freitag, den 4. Dezember, in München stattgefunden. Vertreten waren sämtliche süddeutschen Kammern einschließlich Sachsen und von den Regierungen waren vertreten Bayern, Württemberg, Hessen und Sachsen.

Die Besprechungen haben — wie mitgeteilt wird — übereinstimmend ein erschreckendes Bild über die Lage in den süddeutschen Bauernbetrieben gezeigt. Die Ursachen der katastrophalen Entwicklung sind überall die gleichen: Infolge ungemessener gestiegener Zinssätze, Unmöglichkeit auch gegen erste Hypotheken Kreditmittel zu erhalten, beispiellos zusammenbruch der Märkte derjenigen Produkte, die die Hauptertragsquelle der bäuerlichen Betriebe darstellen. Die süddeutschen Kammern haben sich deshalb den von dem geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. v. Engelberg, vertretenen Forderungen einstimmig angeschlossen und an die Reichsregierung telegraphisch folgendes Ersuchen gerichtet:

„Einführung von zeitlich befristeten Schutzmaßnahmen gegen rigorose Zugriffe der Gläubiger auf landwirtschaftliche Betriebe, die im Augenblick ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können.“

Ferner sind Mittel bereitzustellen für diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die kreditfähig und kreditwürdig sind und denen mit der Gewährung eines Kredits oder mit der Umschuldung kurzfristiger in langfristige Verbindlichkeiten geholfen werden könnte. Die nach dem 18. Juli von den gerade für die bäuerliche Kreditgewährung in Betracht kommenden Instituten eingestellte Kreditgewährung hat eine große Zahl von durchaus gesunden Bauernbetrieben außerstande gesetzt, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne daß im einzelnen von einer Verschuldung im eigentlichen Sinne die Rede sein kann. Häufig könnten hier die Schwierigkeiten mit einem geringfügigen Kredit überwunden werden. Nötigenfalls müßte für die Siedlung bereitgestellten Mittel vorübergehend für diesen Zweck freigegeben werden.

Von besonderer Bedeutung sind die Schulden, die die Landwirte bei ihren Genossenschaften haben. Durch den Zwang, der von der Zentralstelle, der Preußenkasse, ausgeht, sind die Genossenschaftsflächen gezwungen, in schärfster Weise auf die Eintreibung dieser Schulden hinzuwirken. Die süddeutschen Kammern verlangen deshalb, daß die Preußenkasse in die Lage versetzt wird, mit ihren Forderungen an die Genossenschaftsbanken stillzuhalten.

Alle diese Maßnahmen könnten aber nur dann die Grundlage für eine Besserung im Bauernbetrieb schaffen, wenn endlich auch mit sofortiger Wirkung der langgestreckte Schutz der bäuerlichen Selbstproduktion gewährt werde. Die süddeutschen Kammern verlangen deshalb erneut einen ausreichenden Schutz dieser Produktionszweige und außerdem werden sofortige Maßnahmen für die vollkommen darniederliegende Wald- und Holzwirtschaft gefordert.

Es wird grundsätzlich als eine schwere Unterlassungsfünde bezeichnet, daß die Reichsregierung gegenwärtig noch in einem großen Maße Einfuhren zuläßt, die man bei der derzeitigen Lage von Wirtschaft und Finanzen als ausgesprochene Luxus-einfuhren bezeichnen muß, zumal andere Länder, unter Bruch ihrer Handelsvertragsverpflichtungen, sich gegen die Einfuhr deutscher Waren wehren.

Die englischen Interviews

Rosenberg über die Ziele der NSDAP.

In einem Interview, das der inzwischen von London wieder abgereiste Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Rosenberg, der Londoner „Sunday Review“ gab, erklärte er, daß die Nationalsozialisten ihr Ziel durch rein verfassungsmäßige Mittel zu erreichen gedächten. Eine Änderung der Verfassung von Weimar sei von ihnen nicht beabsichtigt. In einem andern Interview sagte Rosenberg, die Nationalsozialisten würden, seiner Ansicht nach, schon in sechs Monaten aus Baden kommen und keine Diktatur, sondern eine „starke verfassungsmäßige Regierung“ sein. Zum Interview Hitlers erklärte er, die Wichtigkeit der Erklärung Hitlers liege darin, daß sie formell gegenüber den Vertretern der Auslandspresse erfolgt sei.

In der „Köln. Volksztg.“ wird die Frage behandelt, ob es richtig sei, daß die Opposition Fühlung mit dem Ausland suche. Das Blatt schreibt, es sei ein unmöglicher Zustand, daß sich im Hintergrunde bereits eine Art Neben- oder Neuregierung aufbaue, während Deutschland mitten in wichtigen internationalen Verhandlungen stehe. Keine Regierung könne mit Aussicht auf Erfolg Deutschlands Sache vertreten, wenn Neben- oder hinter ihr sich bereits andere Machtfaktoren in dieser Weise vor dem Auslande zur Geltung zu bringen suchen. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, klar und deutlich zu erklären, daß sie und sie nur allein dem Auslande gegenüber Deutschlands Interessen zu vertreten hat und Abmachungen mit diesem eingehen und ablehnen kann, und daß es neben den Vertretern der Reichsgewalt keine andere Macht gibt und geben wird, mit der das Ausland zu rechnen hätte.

Die „Köln. Volksztg.“ bezeichnet es als selbstverständlich, daß das Ausland programmatischen Erklärungen eines Parteiführers Bedeutung beilege, der sich auf viele Millionen Wähler berufe. Daß Hitler sobald in die Lage kommen werde, Theorie in Praxis umzusetzen, das sei noch keineswegs eine so mathematische Gewißheit, wie Hitler selbst versichere. Das hänge von dem Erfolg der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, von dem Vertrag der für den Januar angekündigten internationalen Regierungskonferenz und schließlich von den Ergebnissen der beiden wichtigen Wahlen im Frühjahr 1932 ab, der Wahl des Reichspräsidenten und den preußischen Landtagswahlen.

Der Zentralvorstand der DKB tagte in Hannover. Dabei erklärte Parteiführer Dingeldey: Die neue taktische Front der DKB. erfordere eine einheitliche und selbständige Haltung der Partei. Sie bedeute eine klare Frontstellung gegen die Regierung. Nach Schluß der Sitzung wurde mit 330 gegen 14 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Ausführungen des Parteiführers gebilligt werden. Dem Parteiführer wurde volles Vertrauen ausgesprochen. Die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung wird für ein dringendes Erfordernis erklärt. Angenommen wurde auch noch ein Antrag, der den Zentralvorstand auffordert, sich mit allen Kräften für die Priorität der Regelung der privaten Auslandsschulden vor den Reparationen einzusetzen. Dabei müsse die bestehende Währung mit aller Entschiedenheit geschützt werden. Schließlich wird auch noch die energische Unterstützung des selbständigen Unternehmertums und des Privateigentums gefordert.

Berechnungen im Falle Borheim. Durch den beauftragten Untersuchungsrichter des Oberreichsanwalts, Reichsgerichtsrat Böller, wurden am Freitag und Samstag im Oberlandesgericht in Darmstadt eine Reihe von Berechnungen wegen der Abfassung des Borheim'schen Dokuments vorgenommen. Dabei wurden Dr. West und die übrigen Beschuldigten vernommen. Aber die Vernehmung wird strengstens Stillschweigen bewahrt.

Auf einer Reichsbannerkundgebung gegen den Nationalsozialismus in Berlin sprach u. a. der Zentrumsvertreter Schulz Kellermann, der an der Abdrückungskundgebung in Paris teilgenommen hatte. Trotz der Sturmjahren im Trocadero hätten die deutschen Vertreter die stärksten Eindrücke aus Paris mitgebracht. Man dürfe die Tumulte nicht als Ausdruck des französischen Volkswillens werten, sondern lediglich als eine organisierte Hebe der Action Française.

51 Kommunisten festgenommen. In Reddinghausen wurde in einer kommunistischen Wirtschaft ein Schulungstanz von der Polizei überrascht. Es wurde zahlreiches belastendes Material beschlagnahmt. Außerdem wurden 51 Personen festgenommen.

Stadt. Komertbauhaus Karlsruhe

Die neue Schlager-Operette „Oly-Polly“

Von Walter Kolos

Es besagt zwar nicht viel gegen die Novität selbst, aber es ist doch bezeichnend genug, daß sie — gleichsam als Weisheitsgeschicht für Erwachsene — mit einem Riesenerfolg aufgenommen wurde, der zu dem eigentlichen Wert dieser Operette von Walter Kolos Gnaden immerhin in merkwürdigem Gegensatz stand. Gewiß, die Möglichkeiten, auf leichte und gleichwohl einigermaßen künstlerische Art zu unterhalten, sind gar spärlich geworden, und wir haben uns längst daran gewöhnt, den einen oder anderen matten Altusklang mit in Kauf zu nehmen, wenn wenigstens sonst in einigen Augenblicken sich das ausgewählte Interesse etwas erhöht. Geschichte so Ähnliches schon im Text, den die beiden Manuskriptforscher Franz Arnold und Ernst Bloch nach bewährtem Rezept aus ältesten Schwanen-Reserven aneinandergekittelt haben, wie sie zudem mit der tüchtigsten dichterischen Freiheit einen glatten Unfuss unterlegt haben? Da ist z. B. ein hübscher Wadtsch — von Lilli Jank fast mit Jubel, nicht immer am richtigen Fleck sitzender Routine gespielt — mit dem Namen Oly, der für einen Filmstar schwärmt und, um dessen Herz zu gewinnen, nun die Rolle mit der Erzieherin tauscht, die trotz ihrer Häßlichkeit ein preisgekröntes Augenröschen sein könnte. Natürlich endet alles so, wie es eingefädelt wurde; doch wird es kaum jemand geben, der mehr als eine Aftlänge den beiden hauptbeteiligten männlichen Wesen, eben dem Filmstar (Karlheinz Köfer) und seinem Freund Charlie (Hermann Brand) glaubt, daß sie den Schwundel nicht bemerken. Offenbar beruht jedoch die erhoffte Sensation gerade auf dem Gegenteil, und sie hat nicht einmal so falsch spekuliert, denn der breiten Masse unseres Sonntagspublikums schien es besonders zu gefallen, in dieser dürftigen Rahmenhandlung weiterzubüffeln, sogar der turbulente Schluß kam ihr noch viel zu früh.

Preisentwertung und Lebenshaltungskosten

Im Zusammenhang mit den Erörterungen der Preis- und Lohnsenkungaktion im Rahmen der Notverordnungen ist in der Presse wiederholt die Frage der Lebenshaltungskosten erörtert worden. Nach Auffassung unterrichteter Kreise darf — so wird in Berlin erklärt — bei den Forderungen nach Preisentwertung nicht übersehen werden, daß die Kosten der Lebenshaltung durch die schon eingetretenen Preisentwertungen einer Reihe wichtiger Verbrauchsgüter eine nicht unbedeutende Senkung erfahren haben.

Bei Nahrungsmitteln insgesamt sind die Kosten um 14,9 Prozent gesunken, obwohl die Kosten für Zucker allein um 18,7 Prozent gestiegen sind. Diese Steigerung wird jedoch durch den Rückgang der Preise für Graupen, Weizengrieß, Haferflocken, Reis, Erbsen, Speisebohnen ausgeglichen, so daß der Gesamtindex für Nahrungsmittel minus 14,9 beträgt. Bei Kartoffeln beträgt der Rückgang 18,1 Prozent, bei Gemüse 37,1 Prozent, bei Fleisch, Fleischwaren und Fisch 31,1 Prozent.

In Berlin nennt man für den Posten des Preiskommissars, der durch die neue Notverordnung der Reichsregierung geschaffen werden soll, den Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler. Goerdeler ist im vorigen Jahre zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt worden, nachdem er zehn Jahre den Posten eines zweiten Bürgermeisters in Königsberg innehatte. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Kurze Nachrichten

Gesetz gegen die Staatsverleumder. Das bereits vom Reichswehrminister angekündigte neue Gesetz gegen Staatsverleumder ist jetzt fertiggestellt worden. Es geht über die bisherigen reichsgesetzlichen Bestimmungen, die den Verrat einzelner wichtiger Tatsachen als Landesverrat und den Verrat unwahrer Tatsachen als versuchten Landesverrat brandmarken, weit hinaus. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß für den Tatbestand des Landesverrats oft nicht so sehr die erstmalige Veröffentlichung einer Behauptung entscheidend ist, sondern die Art und Weise ihrer Verbreitung in der Tagespresse, in Broschüren, Flugblättern usw. Es sei nötig, auch verleumderische Propaganda bereits als Landesverrat zu verfolgen.

Bayern fordert Vollstreckungsschub. Die bayerische Staatsregierung hat am Samstag beschlossen, auf Grund eines ausgearbeiteten Entwurfs an die Reichsregierung das Ersuchen zu stellen, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selbst oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen Vollstreckungsschub für Grundstücke, sowohl des ländlichen wie des städtischen Grundbesitzes, verfügen zu lassen. Die Staatsregierung weist dabei auf die besondere Notlage in Bayern hin, welche zu möglichst beschleunigten Maßnahmen zwingt.

Deutschland durch die französischen Einfuhrbeschränkungen nicht betroffen. Zu der Meldung über beabsichtigte Einfuhrbeschränkungen der französischen Regierung gegen diejenigen Länder, die Einfuhrbeschränkungen im Devisenverkehr vorgenommen haben, wird in Berlin mitgeteilt, daß Deutschland durch diese Einfuhrbeschränkungen nicht betroffen wird, da die in Deutschland ausgeübte Devisenkontrolle keine Beeinträchtigung der französischen Einfuhr nach Deutschland darstellt.

Der Kreuzer „Emden“ ist nach über einjähriger Abwesenheit wieder in Deutschland eingetroffen und hat auf Schillingsee bei Kiel Anker geworfen. Der Kreuzer war am 1. Dezember v. J. unter dem Kommando des Kapitäns z. S. Witthöft zu seiner vierten Auslandsreise ausgelaufen, die ihn über Spanien durch das Mitteländische Meer nach Indien, China und Japan und auf der Rückreise an die Westküste Afrikas führte.

Der „Deutsche Volkskurier“ Hörings, der als eine überparteiliche, republikanische Tageszeitung gedacht war, hat sein Erscheinen eingestellt. Bekanntlich hatte sich der sozialdemokratische Parteiausflug gegen diese Gründung ausgesprochen.

Die „Sächsische Universitätszeitung“ wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf zwei Monate, und zwar bis zum 2. Februar 1932 verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen der in der Zeitung erschienenen Artikel „Das System Grimme“ — „Verbot“ — „Der Gummitüppel regiert auf preußischen Hochschulen“.

Der für die Krefelder Seidenindustrie gefällte Schiedsspruch, der eine Senkung der Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen von 4 bzw. 4 1/2 Proz. vorschlägt, ist vom Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften angenommen worden.

Rundfunk und Schallplattenfabriken. Wie der Rundfunk bekannt gibt, haben die Verhandlungen zwischen der Rundfunkgesellschaft und den Schallplattenfirmen zu keinem Ergebnis geführt. Am Sonntag wurden deshalb die im Programm für Schallplatten vorgesehenen Sendezeiten mit Konzerten und Übertragungen ausgefüllt, wozu in erster Linie erwerbslose Musiker herangezogen wurden.

Wenn allerdings etwas an der Erstaufführung wirklich gefiel, so war es die mit Liane und beinahe wienerischem Scharm erfüllte Wiedergabe. Die weibliche Hauptperson, in deren fester Niedlichkeit der Akt für das Ganze gefunden ist und die mit der nötigen Lustigkeit von Akt zu Akt überleitet, haben wir ja schon genannt. Für die bescheidenere Rolle der Polly hat sie in Vera Krager eine unerwartet tüchtige, in allem und jedem zulängliche Vertreterin. Als Filmstar Harald Willis florierete — wie auch erwähnt —, Karlheinz Köfer; vielleicht wäre Alfons Kocle, für den er in letzter Minute einprang, im Schauspielersischen noch produktiver gewesen, gesanglich wuchs aber Köfer — dank der Sommeroperetten - Jucht, die ihn wieder in Kontakt mit früherer Verwendung brachte, bedeutend über jenen hinaus. Auch Hermann Brand hat eigentlich sein Lob schon weg; hier verdient seine derbe Komik nur deshalb nochmalige Erwähnung, um den lebendigen Humor, mit dem Paul Müller den Diener Tobias ausstattet, in seiner distrierten Feinheit desto besser charakterisieren zu können. Um das noch um Nebenrollenleistungen wie u. a. Jane (Irma Oser), Fox (Friedrich Brüder) und Karl Rehner (Hoteldirektor) bereicherte Ensemble bemüht sich als Regisseur Erik Herz mit bewährter Findigkeit. Das wurde zweifellos bei der Phantasielosigkeit der Textverfasser ihm ebenso schwer gemacht, wie dem Dirigenten Curt Stern das Sichern für eine obenhin schlagernde und alle fattsam bekannten Langformen propagierende Musik. Aber daß auch er es mit Temperament tat, kam der Aufführung sehr zugute, und wird um „Oly-Polly“ hier wohl noch oft eine erwünschte „zauberische“ Atmosphäre schaffen helfen.

Gerhard Hauptmann in Wien. Die Sonntagsaufführung der „Winterballade“ im Wiener Burgtheater gestaltete sich zu einem Triumph für den anwesenden Dichter Gerhard Hauptmann, der unzählige Male vor die Rampe gerufen und von enthusiastischem Beifall überschüttet wurde. Der Vorstellung wohnte ein erlebtes Publikum bei.

Der Staatsgerichtshof über die Verfassungsmäßigkeit der Steuernotverordnungen

In der Begründung der gemeldeten Abweisung der Klage der sächsischen Wirtschaftspartei gegen das Land Sachsen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der sächsischen Steuernotverordnung wurden vom Präsidenten des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Dr. Bumke, u. a. folgende allgemeine Ausführungen gemacht:

Die Begründung ergibt die Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung des Reichspräsidenten. Nach Artikel 48 kann der Reichspräsident, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird, die zu ihrer Wiederherstellung erforderlichen Maßnahmen treffen. Die Bestimmungen des Artikels 48 lassen auch nicht die Deutung zu, daß der Reichspräsident durch Notverordnung dem Volke keine neuen Steuern auferlegen könne. Sie sind nicht lediglich im Sinne des Polizeirechtes zu verstehen, sondern umfassen auch wirtschaftliche, finanzielle und soziale Schwierigkeiten. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein ungewöhnlicher Notstand vorlag. Die steuerlichen Maßnahmen haben sich zur Beseitigung dieses finanziellen Notstandes nicht einmal als ausreichend erwiesen.

Die Beamtengehälter in Württemberg. In die dritte Notverordnung des Staatsministeriums zur Sicherung der Haushalte von Staat und Gemeinden ist der Inhalt der ersten und zweiten Notverordnung des Staatsministeriums und damit auch die dort vorgesehene Kürzung der Beamtengehälter von 5 und 7 v. H. aufgenommen worden. Dabei hat der Inhalt der ersten Notverordnung im einzelnen eine Reihe von Änderungen erfahren. Es ist aber in der dritten Notverordnung keine neue Kürzung der Beamtengehälter enthalten. Die erste Notverordnung gilt vom 1. Dezember 1931 an nicht mehr. Von diesem Tage an gilt die Kürzung um 5 und 7 v. H. auf Grund der dritten Notverordnung.

Kleine Chronik

Die Fliegerin Elli Reinhorn ist heute, Montag, auf ihrem Streckenflug von Budapest kommend, in Sofia eingetroffen.

In Kumbach ist Kommerzienrat Neusbücker gestorben. Neusbücker, der Inhaber der Kumbacher Brauerei, wurde vor einiger Zeit bekannt durch den eigenartigen Tod seiner Frau, an dem er angeblich die Schuld tragen sollte. Der Kommerzienrat wurde längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten, bis sich seine Unschuld herausgestellt hatte.

Bei Eggenfelden (Niederbayern) wurde am Sonntag während des Vormittagsgottesdienstes im Dorfe Oberbuch die 24jährige Tochter eines Krämers, dessen Gemahl in einem einsam gelegenen, von Wald umgebenen Hause liegt, und deren drei Jahre alte Nichte ermordet.

Sonntag mittag erschloß sich in Potsdam der Leiter des städtischen Bauamtes, Stadtbaurat Fischer. Infolge der Korruption in seinem Dezernat und der damit zusammenhängenden Vernehmungen und Untersuchungen hatte Fischer einen Nervenzusammenbruch erlitten. Gegen ihn schwebte keinerlei Verdacht.

In einem Terroristenprozeß in Rom gegen 30 Personen aus Venetia Giulia wurde ein Angeklagter zu 20 Jahren und 15 zu 2 1/2 bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt. 14 Angeklagte wurden freigesprochen.

In Oran hat ein mit Kreutz bezeichneter Unteroffizier eines französischen Artillerieregiments den vor seinem Arreststall stehenden Wadtschoten erschossen. Einen darauf herbeieilenden Major verwundete er durch einen Schuß und beging dann Selbstmord.

Bei dem Absturz eines holländischen Postflugzeuges in Siam kamen fünf Europäer, darunter zwei Passagiere, ums Leben. Zwei weitere Personen wurden verletzt.

Badischer Teil

Prüfungen im Aufbeschlag

**Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt: am Donnerstag, den 17. Dez., vorm. 9 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Mannheim, am Samstag, den 19. Dez., vorm. 8 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Freiburg, am Montag, den 21. Dez., vorm. 10 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Rastatt, am Mittwoch, den 23. Dez., vorm. 8 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Karlsruhe.

Von der Badischen Landesbauverwaltung Mannheim

Am 24. November 1931 fand die siebente Baugeldzuteilung bei der Badischen Landesbauverwaltung Mannheim statt. Insgesamt wurden zugeteilt 24 Bauparzellen aus den Bezirken folgender Spartaflächen: Badenburg 1, Eppelheim 1, St. Leon 1, Heidelbergl 2, Mappenau 1, Weinheim 1, Durlach 1, Karlsruhe 1, Weingarten 1, Rastatt 2, Kuppenheim 1, Gernsbach 2, Forstheim 2, Freiburg 2, Säckingen 3, Stühlingen 1, Waldsiedlung 1.

Die Bauparzellen gehören folgenden Berufstypen an: Landwirte 1, Handwerker 3, Fabrikanten 2, Beamten 2, Bauunternehmer 1, selbst. Kaufleute 5, Kaufm. Angestellte 4, Kaufm. Betriebe 1, jur. Personen des öffentlichen Rechts 5.

Bei der siebenten Baugeldzuteilung wurden zugeteilt 178 000 M. Insgesamt hat die Badische Landesbauverwaltung bis jetzt 1 078 000 M. zugeteilt.

Die badischen Brauer

gegen die Ueberbesteuerung des Bieres

Am 2. Dezember fand in Karlsruhe eine überaus stark besuchte Landesversammlung der badischen Brauer statt, an der auch Vertreter der Landwirtschaftskammer, Handelskammer, des Verbandes süddeutscher Industrieller, sowie der Malzfabriken und des Hopfenhandels teilnahmen. Es wird uns darüber geschrieben:

Der Vorsitzende, Brauereidirektor Karl Schreyer, wies einleitend darauf hin, daß die drängende Not des Braugewerbes die Zusammenkunft erfordert habe. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung in Deutschland machte sich seit 1929 im Bierabfah sehr fühlbar, der durch die seit 1930 wiederholt vorgenommenen Erhöhungen der Reichs- und Gemeindebiersteuer und das dadurch bedingte Hinausschrauben des Bierpreises jetzt so erschreckende Ausmaße angenommen habe, daß die einst blühende Brauindustrie rasch dem Ruin entgegengeführt werde, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Von einer solchen Katastrophe würden außerdem auch die Hopfen- und Gerste bauende Landwirtschaft,

das Gastwirtschaftsgewerbe, die Malz- und Maschinenindustrie und nicht zuletzt weite Kreise des Handels- und Handwerks betroffen. Diese Ausführungen ergänzte noch ein eingehendes Referat des Syndikus der Zentralstelle der badischen Brauindustrie, Rechtsanwalt Dr. Huber, in dem dieser die ruinösen Auswirkungen der unvernünftigen hohen Biersteuern in unserm ohnehin schwer darniederliegenden Grenzland beleuchtete und die Abhilfemöglichkeiten des Braugewerbes näher umriss.

Nach sehr anregender und aufschlussreicher sachlicher Aussprache faßte die Versammlung einstimmig eine Entschliessung, in der die dreimalige Biersteuererhöhung des letzten Jahres als Irrweg bezeichnet und der zu einem völligen Fehlschlag in fiskalischer Beziehung und zu einer schweren Erschütterung und Existenzgefährdung des Braugewerbes geführt hat. „Der durchschnittliche Absatzrückgang von 40,8 Prozent im letzten Kalenderjahr im Reich, ist in Baden und Hessen mit 52 Prozent weit überholt worden und hat jetzt in unserm Grenzland erschreckende Ausmaße, vielfach bis zu 80 Prozent angenommen. Wenn auch die allgemeine wirtschaftliche Depression den Bierkonsum ungünstig beeinflusst, die jetzige Absatzkatastrophe ist und bleibt jedoch eine Folge der weit überhöhten Biersteuererhöhung, wie der Verlauf der Absatzkurve seit dem Inkrafttreten der Reichsbiersteuererhöhung am 1. Mai 1930 deutlich vor Augen führt. Die das Siebenfache der Vorkriegsbelastung betragende und den Vorkriegspreis der Brauereien übersteigende Doppelbesteuerung hat die Absatzmöglichkeiten systematisch zerrüttet und außerdem dem Reich keine Mehr- sondern Mindererträge gebracht. Die Not unserer Brauereien, vor allem auch der gerade in Baden noch überwiegend vorhandenen mittleren und kleineren Betriebe nimmt täglich größeren Umfang an und führt von der bereits sehr stark vorgeschrittenen Schrumpfung zum Zusammenbruch, wenn nicht auf raschestem Wege Abhilfe erfolgt. Mit dem Ruin des Braugewerbes, das in der Volkswirtschaft eine wichtige Schlüsselstellung einnimmt, ist auch das Protoswerden zahlreicher Arbeitnehmer, neben schwerer Schädigung des Gastwirtschaftsgewerbes auch eine solche der Landwirtschaft, der Malzfabriken, der Brauereimaschinenindustrie und des Handwerks und damit ein Verliegen vieler früher ergiebigen Steuerquellen verbunden. Statt Stützungsaktionen belebe man den Getreide- und Hopfenmarkt durch Förderung des Bierabfahses. Dem fiskalischen Mißerfolg der Überbesteuerung und den damit verbundenen erschreckenden Wirtschaftsschäden kann nicht anders abgeholfen werden, als durch einen radikalen Abbau der Biersteuer.“

Aus der Landeshauptstadt

Kreuzer „Karlsruhe“ auf der Weltreise. Der zur Auslandsreise vor wenigen Tagen ausgelaufene Kreuzer „Karlsruhe“, das Patenschiff der badischen Landeshauptstadt, hat seine erste Etappe, die ihn nach Ponte Vedra in Spanien führte, erreicht.

Sonntagsrückfahrten bis 4. Januar gültig — Schnellzüge zu Weihnachten freigegeben. Wer in diesem Jahre seine Weihnachtsreise mit der Sonntagsrückfahrkarte machen will, kann auch die Schnellzüge an allen Tagen gegen Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlags benutzen. Wie die Reichsbahndirektion bekannt gibt, ist für die gesamte, bekanntlich verlängerte Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrten, also vom 23. Dezember, 12 Uhr, bis zum 4. Januar, 9 Uhr, die Benutzung von Schnellzügen zugelassen.

Spenden für die Karlsruhe-Schulfürer. In der Volksschule Schweighausen am Hünerfeld hatten die dortigen drei Lehrkräfte auf die Tatsache hingewiesen, daß in Karlsruhe 4000 Schulfürer morgens ohne Frühstück zur Schule müssen. Da entsand in ihren Hörsälen der Wunsch, zu helfen, jeder nach Kräften Gesagt, getan! Die 142 Schulfürer brachten 442 Bäckchen zusammen, die in 14 Kisten den weiten Weg nach Jahr-Dinglingen zur Bahn befördert werden mußten. 10 Bunter Lebensmittel hatte dieses tätige Mitleid gesammelt. Der Volksschule Karlsruhe-Doglanden wurden sie zugewandt und im Triumph durch die größeren Schüler vom Rheinhausen ins Schulhaus gebracht und ausgepackt. Was gab es da nicht alles! Butter, Eier, Speck, Schinken, Wurst, Gemüse, Obst, Brot, Kuchen usw., ja sogar Kleidungsstücke! An 142 der ärmsten Schulfürer wurden die Bäckchen verlost. Das war ein geradezu herzerfröhlicher Anschauungsunterricht, den die Lehrer diesmal fertigbrachten! Gewiß war es für viele Besenke leichter, von der natürlichen Verwendung der Gaben natürlichen Gebrauch zu machen, als das jedem Bäckchen beiliegende Briefchen zu beantworten. Aber auch das geschah aus dankbarem, übervollem Herzen.

Vortrag Faschismus — Bolschewismus. Der Vortrag von Prof. Dr. J. Stepanow, Rom-Moskau, in der „Eintracht“, hatte nicht den Besuch aufzuweisen, für den das Thema eigentlich werben mußte. Der Saal war nur bis zur Hälfte besetzt, was den Vortragenden aber nicht abhielt, in klaren und wohlwolligen Worten sich seiner Aufgabe zu erledigen. Gleich einleitend seiner Ausführungen betonte der Redner, daß diese nicht politisch zu bewerten seien, sondern nur rein historisch-wissenschaftlich betrachtet werden dürften. Im ersten Teil behandelte Stepanow (ein geborener Russe) die Entstehung des Bolschewismus, von den Anfängen der kommunistischen Partei bis zur heutigen Machtstellung in Rußland. Weiter gab Stepanow Aufschluß über den Stand des Fünfjahresplanes. — Im zweiten Teil zergliederte der Vortragende Sinn und Zweck des Faschismus in Italien. Wie der Kommunismus den Ausgleich suchte zwischen Kapital und Arbeit, so wolle Mussolini das gleiche, nur auf anderem Wege. Italien, das klassische Land des Mittelalters, habe auch ganz andere Lebensbedingungen als das agrarische Rußland. Zum Schluß stellte der Vortragende die Frage, auf welche Seite sich Deutschland stellen solle. Er sagte, daß in Deutschland die wirtschaftliche Struktur eine wesentlich andere sei als in Rußland, aber auch als in Italien. Ob sich eine der beiden Richtungen, Faschismus oder Bolschewismus, durchziehe, werde die Zukunft lehren.

Politische Zwischenfälle. In den späten Abendstunden des Samstag veranstalteten Angehörige der Ortsgruppen Karlsruhe und Ettlingen des Stahlhelms in der Gegend von Bulach eine Geländeübung; sie wurden festgenommen. — Zwei jugendliche Mitglieder der NSDAP, von denen der eine unerlaubt Drucksachen verteilte und der andere Uniform und einen Stahlhelmer trug, wurden Samstag nacht in Miltheim festgenommen. — Zwischen einer größeren Anzahl Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in der Nacht zum Sonntag in Daglanden zu Zusammenstößen, so daß die Polizei wiederholt einschreiten und mehrere Personen festnehmen mußte.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Eine neue atlantische Zyklone hat uns nach dem vorübergehenden heiteren Samstag gestern wieder Regen und aufziehende Südwestwinde gebracht. Das Wetter blieb auch in der Höhe für die Jahreszeit mild, da unser Gebiet im Bereiche ozeanischer Westwinde lag. Für die nächste Zeit ist jedoch mit einer Änderung des Witterungscharakters zu rechnen. Aus Nordwesten kommen jetzt kühlere Luftmassen heran, so daß fortschreitender Temperaturrückgang bevorsteht. Die Niederschläge werden dabei im Gebirge allgemein in Schnee übergehen. Voraussage: In tiefen Lagen nachhaltig und meist trübendes Wetter. Gebirge Schneefälle bei leichtem Frost.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Heidelberg, 5. Dez. Der Polizeibericht meldet: Im Anschluß an eine gestern Abend in Kirchheim stattgefundene politische Versammlung mußte die Polizei vorübergehend zwangsweise einschreiten, wobei die Polizeibeamten mit Steinen beworfen und beschimpft wurden. Zwei Beteiligte wurden festgenommen. Nach dem „Heidelb. Tagebl.“ handelt es sich um eine nationalsozialistische Versammlung. Vor dem Lokal in großer Menge versammelte Kommunisten nahmen eine so bedrohliche Haltung an, daß die Polizei genötigt war, die Versammlungsbefucher zu schützen. Hierbei wurde die Polizei aus der Menge mit Steinen beworfen. Man hatte etwa zwei Quadratmeter Straßenpflaster aufgerissen.

Old. Hardheim bei Buchen, 4. Dez. In gesundheitlicher Rücksicht beging Altbürgermeister Adolf Ehrich, der Begründer der Hardheimer Mühlenbauwerke, seinen 80. Geburtstag. Ihm hat das Hinterland in erster Linie den Bahnbau Hardheim-Waldbrunn (1910) zu verdanken.

Old. Baden-Baden, 6. Dez. In der Nacht auf Sonntag, etwa um 11 Uhr, drangen drei maskierte Männer in eine Villa der Kapuzinerstraße ein und rannten unter Bedrohung des Villenbesizers und seiner Ehefrau und des zu Hilfe eilenden Chauffeurs einen Geldbetrag und einige Gegenstände. Nur dadurch, daß es den Überfallenen gelang, sich frei zu machen, und um Hilfe zu rufen, während die Räuber sich in einem anderen Zimmer befanden, ließen diese von einer weiteren Veranbarung ab und verließen fluchtartig das Haus und flüchteten in der Richtung nach der Waldseebrücke. Die Überfallenen erlitten sehr erhebliche Verletzungen. Das rasche Eingreifen der Polizei hat zu einer sehr schnellen Aufklärung geführt. Die Räuber hatten einen Rod in der Gasse liegen lassen, in dem sich drei Fahrlaternen nach Singen a. S. befanden. Da ein entlassenes Dienstmädchen aus Singen gebürtig ist, war die Richtung der Unterjuchung sofort gegeben. Noch in der gleichen Nacht konnte in Dos eine Verhaftung vorgenommen werden, der bald darauf eine zweite folgte. Die Spur des dritten Täters führt nach einem anderen oberbadischen Ort. Vorläufig leugnen die beiden Verhafteten ihre Täterschaft. Es scheint aber ziemlich sicher zu sein, daß die Polizei sich auf der richtigen Fährte befindet.

DJ. Oppenau, 6. Dez. Infolge der Regenfälle sind bei Röhrberg etwa 50 Kubimeter Erdmassen ins Rutschen gekommen, wodurch die Bahnhofsstraße Oppenau-Bad Peterstal verschüttet wurde. Die Strecke konnte im Laufe des Samstagvormittag wieder freigegeben werden.

Old. Burgweiler (bei Rülzendorf), 4. Dez. Die zahlreichen Brandfälle in der letzten Zeit haben nunmehr eine überaus seltene Ausprägung gefunden. Als Brandstifter ist der neunjährige Schüler Joseph Ganter festgestellt worden. Ganter erklärte, gerne Rauch sehen zu wollen und deshalb Feuer gelegt zu haben. Die Vernichtung eines Anwesens, zweier Scheunen und verschiedener Brandstiftungsversuche fallen dem jugendlichen Täter zur Last. Die Eltern des Ganter sind bereits wegen Brandstiftung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Hier wirkt **Wohlbrot** es macht unempfindlicher **ent- a-50** gegen Erkältung!

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	7. Dezember		5. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169,68	170,02	169,78	170,12
Kopenhagen 100 Kr.	75,67	75,83	77,17	77,33
Italien 100 L.	21,28	21,42	21,48	21,52
London 1 Pf.	13,73	13,77	13,96	14,00
New-York 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris 100 Fr.	16,48	16,52	16,48	16,52
Schweiz 100 Fr.	61,77	61,93	61,77	62,03
Wien 100 Schilling	68,94	69,06	68,94	69,09
Prag 100 Kr.	12,47	12,49	12,47	12,49

Der Großhandelsindex. Die für den 2. Dezember berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 105,7 gegenüber der Vormoche um 0,5 Proz. gestunken.

Der Verkehr in den Mannheimer Häfen im November

Die in den letzten Tagen des Oktober eingetretene steigende Tendenz des Rheins wie des Neckars erreichte am 2. November den Höchststand mit 3,52 Meter. Von da an fiel das Wasser mehr oder weniger zurück und erreichte den Niederstand am 27. November mit 2,30 Meter im Rhein und am 28. November mit 2,31 Meter im Neckar. Das Reichergesäß hielt demzufolge auch im Berichtsmonat an und wurde ein weiterer Teil der in den hiesigen Häfen stillgelegten Schiffe flott gemacht. Ende November lagen in den Mannheimer Häfen noch 28 Schiffe mit einer Tonnage von 27 998 Tonnen still.

Der Gesamtumschlag betrug 458 505 Tonnen, im Vorjahr 346 480 Tonnen, gegenüber dem Vormonat weniger 50 998 Tonnen.

Rheinverkehr: Anlauf 233 Güterboote und 1080 Schleppfähne mit 372 033 Tonnen, Abgang 239 Güterboote und 977 Schleppfähne mit 62 805 Tonnen.

Neckarverkehr: Anlauf 5 Güterboote und 94 Schleppfähne mit 14 877 Tonnen, Abgang 2 Güterboote und 86 Schleppfähne mit 8790 Tonnen. Abgegangen sind 25 direkte Schleppzüge und 3 Lokalzüge Neckar zu Berg.

Auf den Handelshäfen entfallen: Anlauf 176 543 Tonnen, Abgang 49 035 Tonnen; auf den Industriehäfen: Anlauf 55 479 Tonnen, Abgang 7980 Tonnen; auf den Rheinhäfen: Anlauf 140 011 Tonnen, Abgang 5790 Tonnen.

Der in den obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiffen zu Hauptschiffen betrug: auf dem Rhein 37 387 Tonnen, auf dem Neckar 23 365 Tonnen.

An Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelshafen 10 541, im Industriehafen 7164 und im Rheinhafen 11 346 10-Tonnen-Wagen.

Die Handelskammer Forzheim fordert Vergeltungsfälle. In den letzten Jahren betrug der Wert der Ausfuhr der deutschen Edelmetalle und Schmuckwarenindustrie rund 100 Millionen Reichsmark. Davon entfiel bei weitem der größte Teil auf Forzheim, dessen Ausfuhr erheblich mehr als die Hälfte seiner gesamten Erzeugung ausmacht. Von dieser Ausfuhr ist jetzt ein großer Teil in Frage gestellt. Forzheim steht in einer ungeheuren Krise, weshalb sich die Handelskammer eingehend mit der Lage beschäftigt hat. Sie steht selbstverständlich nach wie vor auf dem Boden des Freihandels, das heißt, ihr wäre nichts lieber, als das Einzeigen sämtlicher Zollsanktionen. Da jedoch die anderen Länder sich alle gegen un-

tere Einfuhr sperren, so müsse man sich überlegen, ob das ruhig hingenommen werden kann. Die Handelskammer bittet die Reichsregierung dringend, alles daran zu setzen, um unsere Ausfuhr zu verteidigen. Das werde nicht nur im Wege der Verhandlungen, sondern vielfach allein durch scharfe Vergeltungsmaßnahmen möglich sein. In diesem Sinne wird die Handelskammer Forzheim die Interessen unserer Industrie bei der Reichsregierung, der Landesregierung und den Spitzenverbänden vertreten.

S. Weil & Söhne, Schuhfabrik Kallatt. Der bereits mitgeteilte Vergleichsvorschlag hat heute, Montag vormittag, durch Entscheidung des Amtsgerichts die gerichtliche Bestätigung gefunden. Die Firma überträgt ihr gesamtes Vermögen, mit Ausnahme der Grundstücke, die hypothekarisch überlastet sind, auf die Vertrauenspersonen als Treuhänder. Nach Zustande-kommen des Zwangsvergleichs verlaufen die Treuhänder das Geschäftsvermögen an die neugegründete Weil-Schuh-WG, bei der die Herren Gustav und Eugen Weil Vorstandsmitglieder werden sollen, um den Gesamtpreis von 450 000 M. Vorauszahlung für diesen Verkauf war, daß bereits bis zum Vergleichstermin von den Aktiengeldern der neuen Aktiengesellschaft 100 000 M. neues Kapital nachgewiesen werden mußte. Das war der Fall, denn die 100 000 M. sind bereits dem Gericht bei der Bank liegend nachgewiesen. Nach Abzug der bevorrechtigten Gläubiger und Massegläubiger sind zunächst die Kleingläubiger bis zu 100 bzw. 2500 M. zu bezahlen. Die Forderungen dieser beiden Gläubigerkategorien machen nicht, wie berichtet, 450 000 M., sondern zirka 130 000 M. und sie werden quotenmäßig mit zirka 50 000 bis 60 000 M. befriedigt werden. Der Rest der Kaufsumme steht zur Verfügung der übrigen Gläubiger nach Verhältnis ihrer Forderungen. Es sei weiter bemerkt, daß in den Zeiten des Hochbetriebes bei der Firma S. Weil & Söhne 700—800 Arbeiter beschäftigt waren und zuletzt noch während des Vergleichsverfahrens zirka 300 Arbeiter beschäftigt worden sind. Die neue Weil-Schuh-WG wird voraussichtlich künftighin 150—200 Arbeiter beschäftigen können.

Zur Insolvenz der Bankkommandite Waldschütz & Co. in Singen a. S. Nach einer vorläufigen Bilanz betragen die Passiven der insolvent gewordenen Bankkommandite Waldschütz & Co. in Singen und Rülzendorf rund 267 000 M., denen rund 181 000 M. Aktiven gegenüberstehen. Danach beträgt die Überschuldung rechnerisch rund 86 000 M. Da man jedoch mit einer größeren Überschuldung rechnet, glaubt man, daß der in Aussicht genommene stille Ausgleich auf Basis von 50 Proz. nicht durchführbar sein wird. Die erste Gläubigerversammlung führte zu keinem Ergebnis.

Gründung der Distont-Compagnie-WG. Samstag vormittag fand in den Räumen der Reichsbank in Berlin die Gründung der Distont-Co.-WG. statt, an der sich durch Übernahme von Aktien eine große Anzahl von Banken und Bankhäusern beteiligt haben. Mehr als die Hälfte des Aktienkapitals wird von der Deutschen Goldbank übernommen, die sich mit etwa 26 bis 27 Mill. RM. Aktien an dem 50 Mill. RM. betragenden, mit 25 Prozent eingezahlten Aktienkapital beteiligen wird, übernommen. Die Deutsche Verkehrskreditbank, die Bank für Industrieobligationen und die Deutsche Girozentrale sollen je 4 Mill. RM. Aktien übernehmen. Die restlichen 11 bis 12 Mill. RM. Aktien verteilen sich auf andere Banken und Bankfirmen (u. a. Straus & Co., Karlsruhe).

Die Darmstädter Volksbank eröffnet ihre Schalter wieder, nachdem vom dem Amtsgericht Darmstadt der Vergleichsvorschlag mit großer Mehrheit der Gläubiger am Freitag angenommen worden ist. Wie erinnerlich, hatte die Volksbank vor mehr als zwei Monaten ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Prüfungen im Aufbeschlag. Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt: am Donnerstag, den 17. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr in der Aufbeschlagschule in Mannheim, am Samstag, den 19. Dezember 1931, vormittags 8 Uhr in der Aufbeschlagschule in Freiburg, am Montag, den 21. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr in der Aufbeschlagschule in Wehrhahn, am Mittwoch, den 23. Dezember 1931, vormittags 8 Uhr in der Aufbeschlagschule in Karlsruhe. Karlsruhe, den 5. Dezember 1931. Der Minister des Innern Maier

Bekanntmachung

Sammlung. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über die Wohlfahrtspflege und der badischen Volksgesetzordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der Universität Würzburg die Erlaubnis erteilt, zum Zweck der Gründung einer Stiftung zur Pflege der körperlichen Erhaltung ihrer studierenden Jugend und zur Unterstützung bedürftiger Studierender sowie zur Förderung der Forschung und Lehre durch Verfertigung von Werkschriften an im Lande Baden wohnende ehemalige Studierende der Universität Würzburg Geldspenden zu sammeln. Diese Genehmigung gilt bis zum 30. Juni 1932. Karlsruhe, den 5. Dezember 1931. Der Minister des Innern Maier

Bekanntmachung

Die von sämtlichen Deutschen Hochschulverwaltungen herausgegebene Deutsche Hochschulstatistik für das Sommersemester 1931 ist erschienen. Auf das bei Struppe & Winkler, Berlin W 35, Potsdamer Straße 106, verlegte Werk wird hingewiesen. Karlsruhe, den 20. November 1931. Der Minister des Kultus und Unterrichts: J. B. Dr. Huber.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Berufen:

Den Privatdozenten Dr. Franz Böhmer, Dr. Konrad Frommberg und Dr. Wilhelm Starlinger die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer der Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Freiburg; dem Privatdozenten Dr. Werner Kuhn die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Hauptlehrer Konrad Blattner in Rimmenshausen; Handlungsinspektoren Auguste Ewald in Heidelberg.

Brauereigesellschaft vormals G. Moninger Karlsruhe

Hierdurch laden wir unsere Aktionäre zu der am
Sonntag, den 16. Januar 1932, vormittags 11 Uhr,
im Sitzungszimmer der Gesellschaft, Eingang Kriegs-
straße 210, stattfindenden

42. ordentlichen Generalversammlung
ergebenst ein. L. 616

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1930/1931 nebst Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und die Gewinnverteilung.
3. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahl.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben gemäß § 20 der Statuten ihre Aktien spätestens bis Mittwoch, den 13. Januar 1932, 6 Uhr abends, entweder an der Gesellschaftskasse oder bei den Bankhäusern

- a) bei L. Homburger, Karlsruhe,
- b) Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Karlsruhe,
- c) Strauß & Co., Karlsruhe,

zu hinterlegen, wogegen eine Eintrittskarte zur Generalversammlung ausgefolgt wird.
An Stelle der Aktien kann bis zur genannten Zeit auch die Bescheinigung eines Notars über die bei

diesem deponierten Aktien bei dem Vorstände der Gesellschaft hinterlegt werden.

Karlsruhe, den 5. Dezember 1931.

Der Aufsichtsrat:
Armand Galette.

Bei der öffentlichen Sparkasse Hardheim ist die Stelle des

Geschäftsleiters

auf 1. Januar 1932 neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt auf Probendienstvertrag.

In Frage kommen nur tüchtige, in allen Zweigen des Sparkassendienstes praktisch und theoretisch erfahrene Bewerber. Bevorzugt werden solche Herren, die im Alter von 28 bis 35 Jahren stehen, die badiische Sparkassenoberprüfung mit Erfolg abgelegt haben und evtl. Sicherheiten stellen können.

Bewerbungen unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes mit Rücksicht auf Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 20. Dezember 1931 beim Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Bürgermeister Seebler in Hardheim, einzureichen.

Hardheim, den 5. Dezember 1931.

Öffentliche Sparkasse Hardheim.

R. 733. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Theresia Kothnerel, Witwe, Manufakturwarengeschäft in Destringen wurde am 4. Dezember 1931, vormittags 10 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Kammerherr Bender, Kaufmann in Destringen ist zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den

8. Januar 1932, vormittags 10¹/₂ Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. Stock, Zimmer Nr. 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 4. Dez. 1931. Amtsgericht IV.

R. 734. Bruchsal. Ueber das Vermögen des Emil Anebel, Kaufmann in Kronau, wurde am 3. Dezember 1931, nachmittags 5 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Karl Lemde, Geschäftsführer des Gläubigerschutz Mannheimer in Mannheim, B. 1, 10, ist zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den

8. Januar 1932, vormittags 10¹/₂ Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. Stock, Zimmer Nr. 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 3. Dez. 1931. Amtsgericht IV.



Badisches Landestheater

Dienstag, den 8. Dez. 1931

*B 11. Th.-Gem. 801—900 und 1501—1550

Rina

Komödie von Bruno Frank

Regie: Baumbach

Mittwochs-: Erwig, Mademacher, Seiling, Hebeisen, Heber, Brand, Dahlen, Herz

Anfang 20 Ende 22
Preise A (0,60—3,50 RM)

Mi. 9. 12. Nachm.: Sonder-
vorstellung: Gänfel und
Gretel. Hierauf: Die Puppen-
fee. Abends: Der Graue.
Do. 10. 12. Im weißen
Höhl. Fr. 11. 12. Die Maske.
Sa. 12. 12. Nachmittags:
Neu einstudiert: Der ge-
stiefelte Kater. Abends:
Gänfel und Gretel. Hierauf:
Die Puppenfee. So. 13. 12.
Nachmittags: Der gestie-
felte Kater. Abends: Neu
einstudiert: Othello. Im
Konzerthaus: Dillh-Pollu.

**Wir werben
für Sie!**

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. B.395
Zum Handelsregister ist
bei der Firma „Dartpa-
penfabrik Oberachern,
Franz Hubert Lott & Co.,
Kommanditgesellschaft,
Oberachern“, eingetragen
worden: Der persönlich
haftende Geschäftsführer
Franz Hubert Lott in
Achern ist gestorben und
der Fabrikant Richard
Lott in Achern als persön-
lich haftender Gesellschaf-
ter in die Gesellschaft ein-
getreten. Ein Kommandi-
tist ist als solcher aus der
Gesellschaft ausgeschieden.
Achern, 6. Nov. 1931.
Bad. Amtsgericht.

Achern. B.403
In unjer Handelsregi-
ster ist unterm 12. Novem-
ber 1931 die Firma
„Strohbrütle, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung“
mit dem Sitz in Oberfas-
bach (Baden) eingetragen
worden. Der Geschäftsver-
trag ist am 7. Septem-
ber 1931 festgesetzt. Gegen-
stand des Unternehmens ist
der Erwerb und die Ver-
waltung des Anwesens
Strohbrütle in Oberfas-
bach, im Grundbuch von
Oberfasbach Band 16
Heft 17 eingetragen un-
ter LqB-Nr. 1402/1 und
1037/a. Das Stammkapital
beträgt 20 000 RM
(zwanzigtausend Reichs-
mark). Geschäftsführer
sind: Professor Dr. Artur
Brüchner in Basel und
Studienrat Günther
Schiele in Köln-Mülheim.
Jeder Geschäftsführer ist
einzeln zur Vertretung
der Gesellschaft befugt.
Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen
im Deutschen Reichsan-
zeiger.
Achern, 12. Nov. 1931.
Bad. Amtsgericht.

Abelsheim. B.729
Handelsregister B Bd. I
D.-Z. 12: Überlandwerk
Zagsthausen, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
in Rosenbergl. Gegenstand
des Unternehmens: Er-
zeugung und Lieferung
von elektrischer Energie,
sowie Betrieb eines In-
tallationsgeschäftes. Die
Gesellschaft kann jederzeit
Grundstücke erwerben, Be-
teiligungen an ähnlichen
Unternehmungen ein-
gehen, sowie andere Hand-
lungen vornehmen, die zur
Förderung ihres Zweckes
geeignet sind. Der Gesell-
schaftsvertrag ist am 11.
September 1930 abge-
schlossen. Er wurde im
§ 1 durch Vertrag der
Gesellschafterversammlung
vom 4. November 1931
(Verlegung des Sitzes von
Zagsthausen nach Rosen-
bergl) geändert. Falls meh-
rere Geschäftsführer be-
stellt sind, wird die Ge-
sellschaft durch 2 Geschäfts-
führer gemeinsam vertre-
ten. Geschäftsführer sind:
Karl Kemmler, Betriebs-

leiter in Verlichingen, und
Alfons Stahl, Betriebs-
leiter in Rosenbergl. Das
Stammkapital beträgt
100 000 RM. Der Gesell-
schafter Karl Schmitt,
Kaufmann in München,
hat seine Stammeinlage
von 95 000 RM. in Sach-
werten in die Gesellschaft
eingebracht (vgl. § 11 des
Gesellschaftsvertrags vom
11. September 1930). Be-
kanntmachungen erfolgen
durch den Reichsanzeiger.
Abelsheim, 4. 12. 1931.
Bad. Amtsgericht.

Engen. B.396
Handelsregister A Bd. I
D.-Z. 187, Firma Johan-
nes Stegmann, Metall- u.
Schreibwarenfabrik, Engen
(Baden): Inhaberin ist
Johannes Stegmann Wit-
we, Agnes geb. Quat-
länder, in Engen. Dem
Mechaniker Johann Georg
Stegmann und dem Me-
chanikermeister Karl Steg-
mann in Engen ist Pro-
kura erteilt.
Engen, 3. Nov. 1931.
Amtsgericht.

Engen. B.398
Handelsregister Abt. A
zur Firma Eugen Trotter
& Co. in Heidelberg: Die
Liquidation ist beendet u.
die Firma erloschen. Die
Firma Franz Wachs-
muth in Heidelberg ist er-
loschen. Die Firma Käthe
Schilber, Fabrik für naturge-
mäßes Frauenunterkleidung,
in Heidelberg ist erloschen;
ebenso die Prokura des
Otto Schilber.

Emmendingen. B.404
Handelsregister B Bd. I
D.-Z. 43 S. 331: Eisen-
und Hammerwerk, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung mit dem Sitz in
Lenningen, Amt Emmen-
dingen. Gegenstand des
Unternehmens ist die Her-
stellung und der Vertrieb
von Grau- und Rotguß
(Kompositionsguß), Feld-,
Wald- und Viehwirtschafts-
maschinen und Ma-
schinenteilen sowie Appa-
raturen aller Art. Die
Gesellschaft ist berechtigt,
sich an Unternehmen mit
ähnlichem Geschäftszweck
zu beteiligen, dieselben zu
erwerben und zu vertre-
ten. Ferner darf die Ge-
sellschaft im Rahmen des
Gesellschaftsvertrags auch
Grundstücke erwerben oder
pachten. Stammkapital:
60 000 RM. Geschäftsführ-
er mit der Verpflichtung
zur Kollektivvertretung:
Ernst Saaler, Ingenieur
in Mündingen, Andreas
Göb, Kaufmann in Len-
ningen. Gesellschaft mit
beschränkter Haftung. Die
Gesellschaft ist errichtet
auf Grund notariell be-
urkundeten Gesellschafts-
vertrags vom 10. Novem-
ber 1931. Die Gesellschaft
kann einen oder mehrere
Geschäftsführer bestellen.
Sind mehrere Geschäfts-
führer ernannt, dann wird
die Gesellschaft durch zwei
Geschäftsführer vertreten
oder durch einen Geschäfts-
führer zusammen mit einem
Prokuristen. Es
kann jedoch bei Vorhan-
densein mehrerer Ge-
schäftsführer jedem der-
selben das Recht der Al-
leinvertretung durch die
Gesellschafterversammlung
belassen werden. Die
Bekanntmachungen erfol-

gen im Deutschen Reichs-
anzeiger.
Emmendingen, 14. 11. 31.
Geschäftsstelle des Amts-
gerichts.

Heidelberg. B.429
1. Gellochemische Werke
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe.
Dr.-Ing. Albert Kadai u.
Franz Goldberger sind
nicht mehr Geschäftsführer.
23. November 1931.
2. Emil Schmidt, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Ett-
linger Straße 25). Gegen-
stand des Unternehmens:
Anlagen für Heizung, Lüf-
tung, Beleuchtung u. Klä-
rung, sowie Anlagen für
gesundheitliche Zwecke.
Stammkapital: 20 000 RM.
Geschäftsführer: Emil
Schmidt, Ingenieur, Karls-
ruhe. Gesellschaftsvertrag
vom 24. November 1931.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei ge-
meinsam handelnde Ge-
schäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer ge-
meinsam mit einem Pro-
kuristen vertreten. Öffent-
liche Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen in
der Badischen Presse.
26. November 1931.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.430
1. Adolf Bahler, Karls-
ruhe. Die Firma ist er-
loschen.
2. Müller & Gräff,
Karlsruhe. Einzelkauf-
mann: Otto Müller, Buch-
händler, Karlsruhe. Der
Übergang der im Betriebe
des Geschäfts bisher be-
gründeten Forderungen u.
Verbindlichkeiten ist bei der
Übernahme des Geschäfts
durch Otto Müller ausge-
schlossen.
3. Georg Biffant, Ing.
Ray Lehmann, Karlsruhe.
Der neue Inhaber Ray

Lehmann hat nur die in
dem vorgelegten Verzeich-
nis aufgeführten Verbind-
lichkeiten des früheren In-
habers im Gesamtbetrag
von 7575,85 M übernommen,
während der Übergang
aller sonstigen Ver-
bindlichkeiten ausgeschlossen
ist. 24. November 1931.
4. Steidinger & Co.,
Karlsruhe. Das Geschäft
ist auf die Kaufleute
Franz Steidinger und
Friedrich Steidinger in
Karlsruhe als persönlich
haftende Gesellschafter
übergegangen, welche es in
offener Handelsgesellschaft
seit 1. Oktober 1931 wei-
terführen. Die beiden Ge-
sellschafter sind zur Ver-
tretung der Gesellschaft
nur gemeinsam berechtigt.
25. November 1931.
5. Gottfried Amosch,
Karlsruhe. Die Prokura
des Karl Friedrich Roth
sowie die Firma sind er-
loschen.
6. Carl Baum & Co.,
Karlsruhe. Die Firma
wurde gemäß § 142 HGB
von Amts wegen gelöscht.
27. November 1931.
Amtsgericht Karlsruhe.

Rehl. B.401
Handelsregister. Firma
„Dolff“ Aktiengesellschaft
für Lackfabrikation in
Rehl: Felix Burckhardt,
Kaufmann in Rehl, ist als
Vorstand ausgeschieden.
Kaufmann Edmund Seba-
stian in Strahburg wurde
für ihn zum Vorstand be-
stellt.
Rehl, 9. Nov. 1931.
Badisches Amtsgericht II.

Rehl. B.415
Handelsregister. Firma
Unionbrennerei Richard
Rümer in Rehl: Die Fir-
ma und die Prokura des
Kaufmanns Karl Knapp
ist erloschen. Rehl, 12. Nov.
1931. Bad. Amtsgericht. II.

Mannheim. B.406
Handelsregister eintrag
vom 14. November 1931.
Mannheimer Hotelgesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim: Der
Gesellschaftsvertrag ist
durch Beschluß der Gesell-
schafterversammlung vom
7. November 1931 durch
Beifügung eines neuen
Abschlusses zu § 10 (Auf-
lösung der Gesellschaft)
ergänzt.
Sawage vormals Harry
Seld u. m. b. G. Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung in Mannheim
als Zweigniederlassung
mit dem Sitz in Ludwigshafen
a. Rh. Die Zweig-
niederlassung Mannheim
ist aufgehoben.
Nähr & Deubel, Mann-
heim: Die Firma lautet
jetzt Nähr & Deubel Ing.
Oskar Nähr. Der Nieder-
lassungsort ist nach Oppau
verlegt. Die Gesellschaft
ist aufgelöst und das Ge-
schäft samt der Firma auf
den Gesellschafter Kauf-
mann Oskar Nähr in Oppau

übergegangen, der es
unter der Firma Nähr &
Deubel Ing. Oskar Nähr
weiterführt.
Josef Fuld & Co.,
Mannheim: Die offene
Handelsgesellschaft hat am
12. November 1931 begon-
nen. Josef Fuld, Kauf-
mann, und Walter Giesel
Ehefrau Elise geb. Fuld,
beide in Mannheim, sind
persönlich haftende Gesell-
schafter.
Otto Christ, Mannheim-
Sandhofen: Inhaber ist
Otto Christ, Fabrikant,
Mannheim-Sandhofen.
Bad. Amtsgericht, F.-G. 4,
Mannheim.

Singen. B.422
Handelsregister.
Handelsregister eintrag
A II D.-Z. 230 bei der
Firma Ferdinand Schä-
bler u. Söhne in Volkerts-
hausen: Eintritt der Jo-
hanna Schäbler, ledig, in
Volkertshausen als per-
sönlich haftende Gesell-
schafterin.
Singen a. S., 18. Nov. 1931.
Bad. Amtsgericht. 2.

Zaubersichofshausen. B.417
Handelsregister eintrag
Abt. A Bd. II zu D.-Z. 82
Firma Michel & Lutz,
Wittighausen —: Die Ge-
sellschaft ist aufgelöst und
die Firma erloschen.
D.-Z. 103: Firma Felix
Lutz in Untertwittighausen.
Inhaber ist Felix
Lutz, Gerbereibehälter in
Untertwittighausen. Zau-
bersichofshausen, 13. 11. 31.
Amtsgericht.

Zaubersichofshausen. B.418
Handelsregister eintrag
Abt. B D.-Z. 20 — Firma
Ziegelwerk Lauda G. m.
b. H. in Lauda —: Die

Firma ist erloschen. Zau-
bersichofshausen, 6. 11. 31.
Amtsgericht.

Trübingen. B.438
Im Handelsregister wurde
bei der Firma Gebrüder
Saas, Baugesellschaft in Trü-
bingen, eingetragen: Die
Firma ist erloschen. Von
Amts wegen gelöscht.
Trübingen, 23. Nov. 1931.
Amtsgericht.

Willingen, Baden. B.423
Handelsregister eintrag.
A Band II D.-Z. 87,
Gebrüder Kaufsch, Dampf-
sägegewerk in Untertürkheim.
Die Liquidation ist be-
endet. Die Firma ist er-
loschen.
Willingen, 17. Nov. 1931.
Bad. Amtsgericht. I.

Wiesloch. B.419
Im Handelsregister A
Band I zu D.-Z. 224,
Firma „Würgerliches
Brauhaus Wiesloch, We-
seler Karl Jörn“ in Wies-
loch eingetragen: Bier-
brauer Karl Jörn in
Wiesloch ist gestorben. Die
Firma ist geändert in
„Würgerliches Brauhaus
Carl Jörn“ in Wiesloch.
Offene Handelsgesellschaft
zur Fortführung des von
Bierbrauer Karl Jörn in
Wiesloch betriebenen Ge-
schäfts. Beginn am 9. No-
vember 1931. Persönlich
haftende Gesellschafter
sind Karl Jörn und Au-
dolf Jörn, beide Kauf-
mann in Wiesloch.
Wiesloch, 14. Nov. 1931.
Amtsgericht.

Wolfsch. B.381
Handelsregister A I
D.-Z. 267, „Bankhaus An-
dreas Vogt, Haslach i. A.“:
Die Firma ist erloschen.
Wolfsch, 3. Nov. 1931.
Amtsgericht.

Bücherrevisoren und Treuhänder

Theodor Theissen

Kaiserstraße 175 Karlsruhe Telefon 4922

Büro für kaufmännische Beratung

Revisionen / Bilanzen / Verträge

Bearbeitung von Aufwertungsangelegenheiten

Auskunftei L.382

Otto Marx L.479

beidigtiger Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger

für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)

Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762

Revisionen / Buchanfragen / Steuerberatungen / Gutachten

Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche

Liquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.

Bücherrevision Steuerberatung

L. 468

Neueinrichtung, Fortführung u. Überwachung von Buchführungen,
Abschlüsse u. Bilanzaufstellung, Sanierungen, außergerichtliche
u. gerichtliche Vergleiche

Paul Glässer

Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger. Zugelassen
zur Vertretung bei den Finanzämtern

KARLSRUHE

Kaiserstr. 199 b. Waldstr. Fernspr. 3102